



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND
VERWALTUNG

am Dienstag, 16.07.2019, 17:02 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V.
- Jahresbericht 2018
- Freigabe des städtischen Zuschusses 2019
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 258/19

Beschlussempfehlung:

1. Der Bericht 2018 der Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der im Haushalt 2019 kalkulierte städtische Zuschuss in Höhe von insgesamt 826.800 Euro wird zur Auszahlung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Frau **Schützer** (Geschäftsführende Schulleiterin der Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V.) erläutert den Sachverhalt anhand der Vorl.Nr. 258/19.

Frau **Richert** (Fachbereich Kunst und Kultur) sagt, dass die Jugendmusikschule in Ludwigsburg aus dem Bürgerlichen Engagement heraus entstanden sei. Man habe auch die günstige Konstellation vor Ort, dass die Jugendmusikschule von einem Verein getragen werde. Die Stadt habe dennoch eine starke Stimme im Vorstand. Sie werde dort vertreten durch die Fachbereichsleitung Kunst und Kultur und ebenso durch Vertreter der Fraktionen. Die Stadt schütte einmal im Jahr eine Förderung aus, welche durch den Gemeinderat bestätigt werden müsse. Der entsprechende Betrag werde in dem jeweiligen Haushaltsplan angelegt. Die Jugendmusikschule profitiere als einzige Kultureinrichtung in der Stadt von einem dynamischen Zuschuss, der wegen der Funktion und der Wichtigkeit der Schule jährlich angepasst werde.

Stadtrat **Dr. Vierling** äußert die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Beschlussvorlage. Die Fraktion unterstütze gerne die wertvolle Arbeit der Jugendmusikschule für die Kinder und Jugendlichen in der Stadt. Die Kooperation mit Kindertageseinrichtungen und Schulen im Rahmen des Programms „Musikimpulse“ sei sehr begrüßenswert. Denn dadurch treten auch Kinder in Kontakt mit Musik und Kultur, die bislang keine Möglichkeit dazu hatten. Stadtrat Dr. Vierling bittet auszuloten, ob weitere Kinder in den Musikimpulsen aufgenommen werden könnten. Zudem bittet er die Jugendmusikschule um große Sensibilität bei der Beobachtung, ob es Fälle gibt, bei denen talentierte Kinder den Übergang von den Musikimpulsen in den Regelunterricht nicht machen, weil sich die Eltern von der Höhe der Gebühren überfordert fühlen. Eine sozialverträgliche Zugangsmöglichkeit sollte für alle Kinder gegeben sein. Nach Ansicht von Stadtrat Dr. Vierling brauchen die sehr guten Leistungen der Lehrkräfte auch angemessene Arbeitsverhältnisse.

Er regt deshalb an daran zu arbeiten, um den Anteil der regulär beschäftigten Lehrkräfte zu erhöhen.

Stadträtin **Dr. Klünder** stimmt gerne der Gewährung des Zuschusses zu, weil sich die Jugendmusikschule erfolgreich der schönen Aufgabe widme, mit niederschweligen Angeboten Kindern die Freude an der Musik zu vermitteln. Sie lobt das große Engagement der Lehrkräfte und der Schulleitung und würde sich wünschen, dass mehr Kinder den Weg aus den Musikimpulsen in den Regelunterricht fänden. Zudem vermittele das Spielen im Ensemble den Kindern auch Sozialkompetenzen. Stadträtin Dr. Klünder regt deshalb an, den Dreiklang zwischen Stadt, Jugendmusikschule und Stadtverband Musik zu unterstützen und die Kooperationen mit Kindertageseinrichtungen und Schulen in der Stadt weiter auszubauen.

Stadtrat **Weiss** findet es gut, dass durch die Musikimpulse und die weiteren Angebote der Jugendmusikschule so viele Kinder erreicht und Talente gefördert werden, welche in einem späteren Zeitpunkt auch in den Musik- und Gesangsvereinen der Stadt integriert werden können. Dieser Aspekt der Nachhaltigkeit ist ihm besonders wichtig. Mit der sozialverträglichen Anpassung der Gebühren ist er einverstanden.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** freut sich über die gute Arbeit der Jugendmusikschule und über den erwirtschafteten Überschuss im Rahmen des gewährten Zuschusses. Das bestätige, dass man mit der Dynamisierung des Zuschusses nicht falsch gelegen sei. Er begrüßt, dass die Anpassung der Gebühren sowie die gewährten Ermäßigungen unter sozialen Aspekten erfolgen. Beim Thema „Personal“ möchte Stadtrat Dr. O'Sullivan wissen, wie hoch der Anteil der Honorarkräfte und ihre Stundensätze sind.

Stadtrat **Haag** fragt, ob die Jugendmusikschule in der Lage gewesen sei, eine weitere Förderung durch Drittmittel zu akquirieren.

Herr **Schwemmlé** (Geschäftsführender Vorstand der Jugendmusikschule) erklärt, dass die Jugendmusikschule sich vor einigen Jahren das Ziel auferlegt habe, dass 20 Prozent der Gesamtunterrichtsstunden von Freien Mitarbeitern geleistet werden. Für die Jugendmusikschule sei es wichtig, die bereits bestehenden Kooperationen weiterhin zu forcieren, weil diese auch ein Garant für die eigene Zukunft seien. Die Musik möglichst breit auszutragen sei ein wichtiges Arbeitsziel. Herr Schwemmlé informiert, dass die Gebühren um circa 2 Prozent erhöht werden.

Die Jugendmusikschule habe jedoch auch begonnen bei den Gebühren zu differenzieren, je nachdem wo ein größerer Spielraum sein könnte.

Frau **Schützer** ergänzt, dass viele Kinder den Weg über die Ludwigsburg Card den Weg in die Jugendmusikschule finden. Dadurch könne eine Ermäßigung in Höhe von 60 Prozent gewährt werden. Bei bestimmten Profilen finden Differenzierungen statt, um die Gebührenerhöhung nicht zu hoch zu gestalten. Laut Frau Stützer gelte es eine Brücke zu schlagen zwischen den Gebühren, die teilweise Vereine ermöglichen können, und Gebühren, welche die Jugendmusikschule mit ihrer Struktur regelmäßig erhöhen müsse. Frau Stützer versichert, dass die Jugendmusikschule offen für Kooperationen sei, da sie nicht nur für den Beruf, sondern auch für das Lebenslange Musizieren ausbilde. Letzteres komme auch den Musik- und Gesangsvereinen in der Stadt zugute. Die Höhe des Personalanteils in Honorarverträge sei begründet in dem Umfang des Unterrichts, den die Jugendmusikschule in Rahmen von Kooperationen respektive den Musikimpulsen leiste. Die Musikimpulse werden derzeit mit 40 Euro pro Honorar vergütet. In Anbetracht der Tatsache, dass die Stadt Stuttgart verstärkt in der musikalischen Früherziehung investiere und vielen Lehrkräften eine Festeinstellung anbiete sei es ratsam auch in Ludwigsburg darüber nachzudenken, wie man Honorarverträge in feste Arbeitsverhältnisse umwandeln könnte. Viele Honorarkräfte wünschen dies und bekommen auch entsprechende Angebote von anderen Stellen. Bezug auf die Drittmittel nehmend erklärt Frau Stützer, dass diese höher aufgestellt wurden, weil die Musik-impulse im nächsten Jahr über die Bürgerstiftung finanziert werden.

OBM **Spec** fordert Frau Stützer auf, die erforderlichen Daten und Kosten, die mit den Honorarkräften einhergehen im Vergleich zu einer Festeinstellung schriftlich zusammenzutragen und der Stadtverwaltung vorzulegen. Dadurch soll ersichtlich werden, ob und wie die Planbarkeit und die Finanzierung gewährleistet werden könnten. Zudem soll die Grundlage für eine Diskussion vor dem politischen Gremium geschaffen werden. Abschließend stellt er die Vorl.Nr. 258/19 zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

- 1.) Der Planvergleich des Jahresabschlusses nach § 51 Gemeindehaushaltsverordnung wird aus Vereinfachungsgründen nach der Mindestgliederung der §§ 2-4 Gemeindehaushaltsverordnung aufgestellt.
- 2.) Der überplanmäßigen Überschreitung im Teilhaushalt 67 –Tiefbau und Grünflächen – in Höhe von 1.052.378,76 Euro wird zugestimmt. Deckung erfolgt aus Mehrerträgen der Gewerbesteuer im Teilhaushalt 90.
- 3.) Die in der Anlage 1 aufgeführten Beträge in Summe von 2.391.600 Euro werden als Ermächtigungsüberträge in den Ergebnishaushalt des Jahres 2019 übernommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr **Kistler** (Fachbereich Finanzen) erläutert den Sachverhalt. Die Kennzahlen zu Ergebnis und Bilanz zeigen eine positive Entwicklung auf. Erfreulich sei insbesondere, dass der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit, d.h. der Cash-Flow aus der Ergebnisrechnung, mit 18,8 Millionen Euro um fast 4,9 Millionen Euro höher ist als die Netto-Abschreibungen. Dies bedeute, dass die Stadt den Werteverzehr ihres Vermögens in 2018 erwirtschaften könne. Das positive Ergebnis der Steuererträge führe jedoch dazu, dass die Stadt in 2020 geringere Schlüsselzuweisungen aus mangelnder Steuerkraft und höhere Umlagen (FAG-, Kreis- Regionalumlage) bezahlen müsse. Ein Teil der in 2018 erwirtschafteten Liquidität (53 Millionen Euro) werde zum Ausgleich in 2020 benötigt. Entsprechende Rückstellungen wurden gebildet. Ebenfalls wurden für strittige Gewerbesteuerforderungen Rückstellungen in Höhe von 6,1 Millionen Euro gebildet. Die Anlageintensität werde durch den Zuwachs beim Sachvermögen und die geleisteten Investitionszuschüsse weiter ansteigen. Gleichzeitig sinken die Investitionszuschüsse (Sonderposten) auf der Passivseite, da neue Investitionen, insbesondere Sanierungen i.d.R. nicht mehr von Land oder Bund im früheren Umfang gefördert werden. Dies belaste die Folgejahre durch Abschreibungen und Folgekosten. Sichtbar werde das auch in einem stetig steigenden Anteil der Abschreibungen am ordentlichen Aufwand. Die Ersatz- und Neuinvestitionen können nur teilweise durch die erwirtschafteten Abschreibungen (Finanzierungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit) finanziert werden. Dies führe mittelfristig zu einem stetigen Rückgang der Liquidität und damit in eine künftige Neuverschuldung. Während die Aufwandseite, bedingt durch die o.g. Folgekosten sowie die weiterhin ansteigenden Aufwendungen im Bereich der Bildung und Betreuung, stetig wachse, sei die Ertragsseite schwerpunktmäßig durch (konjunktur- und politikabhängige) Steuereinnahmen geprägt.

Es bleibe somit das Risiko von Ertrags-/ Steuerausfällen. Erfreulich sei, dass alle vier Finanzindikatoren des Stadtentwicklungskonzepts eingehalten bzw. übertroffen werden konnten.

Stadtrat **Bauer** spricht die Überschreitungen beim Teilhaushalt 67 – Tiefbau und Grünflächen – in Höhe von 1.052.378,76 Euro an und fragt, ob ein Großteil davon durch die Bewerbung für die Landesgartenschau verursacht wurde. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme dem Beschlussvorschlag auf der Vorl.Nr. 235/19 zu.

Stadtrat **Herrmann** nimmt Bezug auf Ziffer 3 des Beschlussvorschlags. Demnach sollen 2.391.600 Euro als Ermächtigungsüberträge in den Ergebnishaushalt des Jahres 2019 übernommen werden. Er möchte wissen, ob durch die Fachbereiche womöglich mehr Übertragungen angemeldet wurden als hier ausgewiesen sind und ob die Kämmerei allen angemeldeten Übertragungswünschen entsprochen habe. Stadtrat Herrmann fragt zudem, ab welchem Betrag das Gremium einer Überschreitung formal zustimmen müsse, um rechtzeitig reagieren zu können. Er weist auf die Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten hin und sagt, dass 55.535.300 Euro im Jahr 2018 geplant waren. Im Ergebnis seien es jedoch nur 35.032.700 Euro gewesen. Die CDU-Fraktion sehe sich somit in ihrer Aussage bestätigt, dass die Stadt nicht so viele Investitionen einplanen müsse und könne. Vielmehr müssen die Investitionen gestreckt werden, um künftig eine Neuverschuldung zu vermeiden. Darüber hinaus können auch aus personellen Gründen so viele Investitionen nicht gleichzeitig bewältigt werden. Stadtrat Herrmann nimmt außerdem Bezug auf die Einzahlungen aus Aufnahme von Krediten und wirtschaftliche vergleichbaren Vorgängen für Investitionen. Hier waren 4 Millionen Euro geplant, aber nur 1,3 Millionen Euro erfolgt. Er bittet um eine Erläuterung diesbezüglich. Auf die Personalkosten eingehend stellt er fest, dass diese deutlich über Plan liegen. Deshalb müssen die Personalkosten im Auge behalten werden. Abschließend weist Stadtrat Herrmann auf die Ausführungen der Verwaltung auf Seite 11 des Lageberichts. Dort werde mitgeteilt, dass sich die gesamtwirtschaftliche Situation auf die Steuereinnahmen der Kommunen auswirken werde. Die Mai-Steuerschätzung 2019 prognostiziere deutlich geringere Steigerungen als noch im November 2018. Das beweise, dass die gute Konjunktur bald eingetrübt werden könnte. Stadtrat Herrmann stimmt im Namen der CDU-Fraktion dem Jahresabschluss 2018 zu.

Stadtrat **Weiss** merkt an, dass das Ergebnis des Jahresabschlusses 2018 besser als gedacht sei, auch Dank der Steuereinnahmen. Mit Blick auf die gesamtwirtschaftliche Situation sollten die Stadträtinnen und Stadträte seitens der Verwaltung sobald wie möglich Informationen bekommen, um rechtzeitig mit der Debatte für den Haushaltsplan 2020 starten zu können. Nach Ansicht von Stadtrat Weiss könnte die Debatte im Rahmen einer Gemeinderatsklausur erfolgen – und zwar gerne früher als sonst. Zu beachten sei, dass die Folgekosten durch getätigte Investitionen immer höher werden. Zudem kämen immer mehr neue Investitionen hinzu. Aus diesem Grund sollten die Investitionen bei der Haushaltsplanung entzerrt werden, um der Stadt eine gewisse Flexibilität zu erlauben. Auch bei den Personalkosten sollte die Stadt flexibel bleiben.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** sagt, dass der Jahresabschluss 2018 ein solides Ergebnis aufweise. Dennoch sollte man in Anbetracht der gesamtwirtschaftlichen Situation und im Rahmen der Haushaltberatungen prüfen, ob die Stadt bei den Investitionen tatsächlich mit dem jetzigen Tempo weitermachen könne und so viele Mittel für investive Tätigkeiten im Haushaltsplan aufgenommen werden sollen. Stadtrat Dr. O'Sullivan fragt, ob bei den Überträgen im Finanzhaushalt eventuell auch Beträge enthalten seien, die zum zweiten Mal übertragen werden, weil es längerfristige Verzögerungen bei Projekten und Haushaltsansätzen gegeben habe. Zudem möchte er wissen, ob die Rückstellungen für Gerichtsverfahren ausschließlich steuerrechtliche Streitigkeiten betreffen.

Der Beschlussvorlage stimmt Stadtrat Dr. O'Sullivan im Namen der SPD-Fraktion zu.

Stadtrat **Haag** äußert die Zustimmung der FDP-Fraktion.

Stadtrat **Dogan** nimmt Bezug auf die Verschuldung pro Einwohner, die aktuell bei 462 Euro liegt, und möchte wissen, ob es für die nächsten drei bis fünf Jahren ein Zielwert gibt. Zudem fragt er, wie hoch der Zinssatz ist.

Auf die Wortmeldungen und Fragen eingehend sagt Herr **Kistler**, dass die Überschreitung in Höhe von 1.052.378,76 Euro beim Teilhaushalt Tiefbau und Grünflächen 650.000 Euro für den Grünflächenunterhalt enthalte. Wegen des heißen Sommers im Jahr 2018 mussten die Gieß- und Pflegearbeiten intensiviert und ausgeweitet werden. Auch haben größere Belag-Arbeiten im Zusammenhang mit der Breitband-Offensive der Stadtwerke stattgefunden. Herr Kistler spricht auch die Ermächtigungsüberträge an. Im Teilhaushalt 63 – Mobilität – werden circa 1,5 Millionen Euro übertragen. Der Fachbereich Mobilität sei mit Verzögerung neu eingerichtet und personell ausgestattet worden. Deshalb seien viele Mittel im letzten Jahr nicht abgeflossen. Diese werden nun im Jahr 2019 gebraucht. Auf die Frage von Stadtrat Herrmann eingehend erklärt Herr Kistler, dass die Fachbereiche gewöhnlich mehr Übertragungen melden. Doch in der Regel nehme der Fachbereich Finanzen Reduzierungen vor. Der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung müsse einer Überschreitung ab einem Betrag von 100.000 Euro formal zustimmen. Bei den 1,3 Millionen Euro, die unter den Einzahlungen aus Aufnahme von Krediten und wirtschaftliche vergleichbaren Vorgängen für Investitionen genannt werden, handle es sich um den Rückfluss eines Kassenkredits an die Stadtwerke. Herr Kistler versichert, dass im Finanzhaushalt keine Überträge aus längerfristigen Verzögerungen bei Projekten enthalten seien. Bei der aktuellen Finanzplanung habe der Fachbereich Finanzen 37 Millionen Euro Kredit-aufnahmen bis 2022 vorgesehen. Bei der Aufstellung der Finanzplanung bis 2023 werde sich zeigen, wie viele Kredite aufgrund der Investitionen eingeplant werden müssen. Der Zinssatz sei derzeit sehr gering und betrage lediglich 0,05 Prozent. Bei den angesprochenen Rückstellungen für Gerichtsverfahren handle es sich ausschließlich um Verfahren zu größeren Gewerbesteuerzahlungen, die noch ausstehen.

Herr **Kiedaisch** (Fachbereich Finanzen) betont, dass Stadtverwaltung und Gemeinderat mit Blick auf die aktuelle Steuerschätzung und den konjunkturellen Entwicklungen sich Gedanken machen müssen, wo sie im Jahr 2020 die Prioritäten im Investitionsbereich legen möchten und was sie sich leisten können. Die Ausgaben müssten im nächsten Haushaltsjahr den etwas reduzierten Ansätzen angepasst werden. Herr Kiedaisch nimmt auch Bezug auf die erwähnten Ermächtigungsüberträge. Er erklärt, dass diese den jährlichen Versuch darstellen, die Planansätze im Haushaltsplan an einen realistischen Mittelbedarf anzupassen. Auch Rückstellungen seien wichtig, obwohl sie die Liquidität binden. Denn diese könne man gut nutzen, wenn unverhofft Rückforderungen an die Stadt fällig werden sollten. Herr Kiedaisch informiert, dass der Fachbereich Finanzen derzeit die Eckdaten für den Haushaltsplan 2020 aufstellt. Auch an dem Investitionsprogramm werde gearbeitet. Man sei zeitiger dran als in den Vorjahren. Bevor der Haushaltsplanentwurf dem Gemeinderat vorgelegt werden könne, müsse er verwaltungsintern und auch mit dem neugewählten Oberbürgermeister Herr Dr. Knecht abgestimmt werden. Zudem müsste man Herr Dr. Knecht fragen, ob der gewohnte Zeitplan bei den Haushaltsberatungen so eingehalten werden soll.

Nach der Aussprache stimmt der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung über den Jahresabschluss der Stadt Ludwigsburg 2018 ab.

Beschluss:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH wird beauftragt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH mit einer Bilanzsumme von 251.878.026,10 Euro (VJ 237.447.424,58 Euro) und einem Jahresüberschuss von 1.912.101,33 Euro (VJ 2.312.929,56 Euro) zuzustimmen.

2. Ergebnisverwendung

Der folgenden Ergebnisverwendung zuzustimmen:

Der auf die Stadt Ludwigsburg entfallende Bilanzgewinn von 1.962.996,14 Euro wird in voller Höhe in die Gewinnrücklage der Telekommunikationsparte der Gesellschafterin Stadt Ludwigsburg eingestellt.

3. Lagebericht

Den Lagebericht für 2018 zu genehmigen.

4. Entlastung der Geschäftsführung

Der Geschäftsführung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung zu erteilen.

5. Entlastung des Aufsichtsrats

Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung zu erteilen.

6. Abschlussprüfer für das Jahr 2019

Die WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart als Wirtschaftsprüfer für das Geschäftsjahr 2019 zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Zunächst stimmt der Ausschuss über die **Ziffern 1, 2, 3, 4 und 6** des Beschlussvorschlags ab.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Anschließend wird über die **Ziffer 5** des Beschlussvorschlags abgestimmt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH sind bei der Abstimmung dieser Ziffer befangen und beteiligen sich deshalb nicht daran.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Befangen: OBM Spec
 Stadtrat Dr. O'Sullivan
 Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** erläutert den Sachverhalt anhand der Vorl.Nr. 256/19.

Stadtrat **Bauer** sagt, dass die Stadtwerke Ludwigsburg Kornwestheim (SWLB) nicht nur durch die Lieferung von Strom und Wasser einen wichtigen Beitrag zur Daseinsversorgung der Bevölkerung leisten. Darüber hinaus bereiten sie auch das Rückgrat der Digitalisierung. Die versorgungsfremden Sparten, wie Bäder, Parkierung oder Kunstlaufbahn, sieht Stadtrat Bauer ebenfalls in guten Händen bei der SWLB. Er merkt an, dass laut Jahresabschluss der Gewinn gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent gesunken sei und fragt, ob es sich hierbei um einen Einmaleffekt handle und ob dies womöglich mit den sinkenden Umsatzerlösen bei Gas, Strom und Wärme zusammenhänge. Die Parkierung habe von 2014 bis heute eine interessante Entwicklung verzeichnet. Von einem Minus in Höhe von 199.000 Euro in 2014 gab es im Jahr 2018 ein Plus in Höhe von 437.000 Euro. Stadtrat Bauer fragt, ob sich diese Entwicklung voraussichtlich fortsetzen werde. Außerdem möchte er wissen, ob es eine Zielgröße beim Eigenkapital gibt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Stadt **Herrmann** hebt positiv heraus, dass es der SWLB mit innovativen Projekten und energieeffizienten Anlagen in den letzten zwanzig Jahren gelungen sei, den Kohlendioxid-Ausstoß um rund 350.000 Tonnen zu reduzieren. Das zeige, dass in Ludwigsburg vieles für den Klimaschutz getan werde. Stadtrat Herrmann geht auch auf die neue Sparte Telekommunikation/Breitband ein. Dort bestehe die Chance, dass den Kunden der SWLB durch Breitband- /Telekommunikationsprodukten erweiterte Bündel-Produkte angeboten werden können, wodurch neue Kunden gewonnen und die Kundenbindung erhöht werden kann.

Allerdings bestehe auch das Risiko, die eingeplanten Investitionskosten aufgrund steigender Baupreise nicht einhalten zu können und die erwartenden Kundenzahlen im neuen Geschäftsfeld nicht zu erreichen. Nach Ansicht von Stadtrat Herrmann ist es wichtig, insbesondere bei neuen Sparten, ein gutes Risikomanagement zu haben, damit Probleme frühzeitig erkannt und Maßnahmen eingeleitet werden können. Dem Beschlussvorschlag stimmt er im Namen der CDU-Fraktion zu.

Stadtrat **Weiss** sagt, dass die SWLB sehr gut aufgestellt sei und mit vielen innovativen Projekten in die Zukunft der Stadt investiere.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** erachtet die Glasfaserverkabelung als das größte aktuelle Projekt der SWLB. Er hofft, dass die neue Sparte Telekommunikation/Breitband Gewinne abwerfen werde. Mit Blick auf die Gewinne, die in der Sparte Parkierung verzeichnet werden, fragt Stadtrat Dr. O'Sullivan, ob man die Tarife in den Parkhäusern verstärkt zur politischen Lenkung in der Stadt nutzen sollte. Das Ergebnis bei den von der SWLB betriebenen Bädern sei ebenfalls besser geworden. Als das größte Projekt in dieser Sparte sieht Stadtrat Dr. O'Sullivan den Neubau des Heilbads in Hoheneck. Die Planungen hierfür sollte man im Auge behalten. Das Jahresergebnis 2018 sei besser als der Planansatz und deshalb positiv zu bewerten.

Obwohl die Gewinn/Verlust-Rechnung ein ähnliches Ergebnis wie im Vorjahr aufweist, muss die SWLB ein Drittel weniger Steuer zahlen. Stadtrat **Haag** fragt wie das zustande kommt. Zudem erkundigt er sich nach dem Stand der Dinge beim Parkierungskonzept für die Weststadt. Bezug auf die regionale Dachgesellschaft Gigabit Region Stuttgart nehmend fragt Stadtrat Haag, ob es hier Ziele gibt, die von der SWLB längst angegangen wurden.

OBM **Spec** betont, dass Stadt Ludwigsburg in der Region Stuttgart am weitesten fortgeschritten sei beim Glasfaserausbau. Sie werde mit großer Wahrscheinlichkeit auch als erste Stadt in der Region den 5 G- Mobilfunkstandard einführen können. Es sei richtig gewesen, dass man hierfür frühzeitig die Weichen gestellt habe. Auf die Frage nach dem Parkierungskonzept in der Weststadt eingehend sagt er, dass man dort ein Parkraummanagement einzuführen plane. In dessen Rahmen sollen sowohl städtische Parkeinrichtungen als auch Parkeinrichtungen von Firmen in einem digitalen Datenpool Eingang finden. Dadurch soll eine spezifische Lenkung ermöglicht und der Parksuchverkehr vermieden werden. Diese Parkplätze werden künftig über eine digitale Kennzeichnung reservierbar sei. Zudem werde die Stadt eine Förderung der Region Stuttgart bekommen, um in der Nähe der Firma BorgWarner ein Pendlerparkhaus zu realisieren.

Herr **Hoffmann** (Kaufmännische Leiter der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH) geht auf die restlichen Fragen der Ausschussmitglieder ein. Den angesprochenen Gewinnrückgang begründet er durch höhere Personalkosten und höhere Abschreibungen anlässlich der Einführung der neuen Sparte Telekommunikation/Breitband. Dennoch sei die SWLB überzeugt, dass sie mit dem Angebot der neuen Produkte den richtigen Weg eingeschlagen habe. Die Stadtwerke haben in den letzten Jahren beim Produkt Gas Kunden und Marge verloren. Man hoffe nun, dass die Sparte Telekommunikation/Breitband für einen guten Ausgleich in der Summe sorgen wird. Die Verbesserung des Ergebnisses bei der Sparte „Parkierungsanlagen“ sei der bereits erfolgten Abschreibung der alten Parkierungsanlage geschuldet. Herr Hoffmann erinnert auch daran, dass die SWLB in der Vergangenheit lange Zeit hohe Verluste bei den Parkierungsanlagen gefahren habe. Die Zielgröße beim Eigenkapital liege bei 40 Prozent. Die SWLB arbeite derzeit intensiv an einer Bäderkonzeption.

Auf die Wortmeldung von Stadtrat Haag zur niedrigeren Steuerbelastung eingehend erklärt Herr **Hoffmann**, dass die SWLB ein Ergebnis vor Steuer von eine Million Euro unter dem Ergebnis des Vorjahres vorweise. Deshalb habe man eine niedrigere Steuerbelastung.

Nach der Aussprache stellt OBM **Spec** die Vorl.Nr. 256/19 zur Abstimmung.

Beschluss:

Dem als Anlage 1 beigefügten Betrauungsakt an die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Bauer
Stadtrat Dengel

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** erläutert den Sachverhalt wie folgt:

Die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL) wird von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) das Areal der Jägerhofkaserne erwerben. Für die Schaffung von 70 Wohnungen für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus in diesem Areal gewährt die BImA einen Kaufpreinsnachlass. Um diesen EU-beihilferechtlich abzusichern, verlangt die BImA einen Betrauungsakt der Stadt Ludwigsburg an die WBL.

Nach Artikel 107 Abs. 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) besteht ein generelles Beihilfeverbot. Für sogenannte Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) dürfen jedoch Zuschüsse und andere Vergünstigungen gewährt werden, wenn die Voraussetzungen des Freistellungsbeschlusses der Europäischen Kommission vom 20.12.2011, K (2011) 9380 (im Rahmen des sog. „Almunia-Pakets“) eingehalten werden. Das jeweilige Unternehmen, das eine Vergünstigung, einen Zuschuss oder ähnliches erhalten soll, ist mit der DAWI zu betrauen.

Wesentliche Inhalte der Betrauung sind:

- In § 1 und § 2 Abs. 1 die Benennung der Aufgabe der Schaffung von sozialem Wohnraum.
- In § 3 die Befristung auf 10 Jahre, die das EU-Recht als maximalen Zeitraum zulässt (eine anschließende Verlängerung ist möglich).
- In § 4 die Berechnungsgrundlage für die gewährte Vergünstigung. Die WBL muss für diese Sozialwohnungen eine getrennte Rechnung führen, um nachweisen zu können, dass die Vergünstigungen nicht zu unangemessenen Gewinnen führen.
- In § 5 Regelungen zur Vermeidung einer Überkompensation sowie die Pflicht entstandene Überkompensationen zurückzufordern. Das Beihilferecht erlaubt keine Überkompensation.

Für die Stadt Ludwigsburg ergibt sich aus dem von der BImA verlangten Betrauungsakt insbesondere ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand für die übernommenen Überwachungsaufgaben, den die Schaffung von weiterem sozialem Wohnraum allemal rechtfertigt.

Nach der Erläuterung des Sachverhalts stimmt das Gremium über die Vorl.Nr. 255/19 ab.

TOP 5**TOP Betriebsausschuss Tourismus & Events
Ludwigsburg**

Beratungsverlauf:

Beratungsverlauf siehe Niederschrift des Betriebsausschusses Tourismus und Events Ludwigsburg vom 16.07.2019.

TOP 8.1**Abschaffung des kostenlosen Parktickets für
Stadträtinnen und Stadträte
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
29.05.2019****Vorl.Nr. 212/19**

Beratungsverlauf:

Der Ausschuss stimmt nicht über den Antrag 212/19 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab. Aus der Diskussion wird jedoch ersichtlich, dass er keine Mehrheit findet. Die Fraktionen CDU, Freie Wähler und SPD kündigen an, dass sie bei der Beratung in der Sitzung des Gemeinderats am 24.07.2019 dem Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung, wie auf der Vorl.Nr. 164/19, dargestellt, folgen werden.